



Sessionsrückblick - Herbstsession 2021

Nach drei intensiven Sessionswochen in Bern konnte das Parlament am letzten Freitag insgesamt **27 Vorlagen** unter Dach und Fach bringen. Nachfolgend teile ich gerne mit Ihnen meine Gedanken und Eindrücke dieser Herbstsession 2021 in diesem Sessionsrückblick.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament beraten (Auswahl):

GdBr. 19.076 – Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle)

Dank starkem Engagement der FDP wurde dieses umstrittene Geschäft am letzten Freitag in der Schlussabstimmung angenommen. Mit dieser Vorlage wird die Aufhebung der Industriezölle und die Vereinfachung der Zolltarifstruktur gefordert. Dadurch werden nicht nur Kosten für Konsumentinnen und Konsumenten und für Branchen mit Importabhängigkeiten gesenkt, sondern dies fördert zudem auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität der Schweiz. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist dies ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um den Schweizer Wirtschaftsstandort zu stärken.

GdBr. 21.024 – Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Schon seit Jahren setzt sich die FDP für eine Reform der Verrechnungssteuer ein. Daher freut es mich besonders, dass der Nationalrat dieser Vorlage zugestimmt hat. Indem die Verrechnungssteuer auf inländische Zinserträge weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden, soll der Finanz- und Wirtschaftsstandort Schweiz gestärkt werden. In einem nächsten Schritt wird diese wichtige und dringende Vorlage nun im Ständerat beraten.

Pa.lv. 20.455 (Markwalder) – Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken pro Kind und Jahr

Mit diesem Geschäft wird die Gleichstellung gefördert, indem die Fehlanreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beseitigt werden. In der Herbstsession wurden die letzten Differenzen zwischen Nationalrat und Ständerat bereinigt. Einig waren sich die zwei Kammern, dass Eltern künftig bis zu 25'000 Franken statt wie heute 10'100 Franken für Kinderbetreuungskosten von den direkten Bundessteuern abziehen können. Uneinig waren sie sich jedoch hinsichtlich einer vom Ständerat eingebrachten Erhöhung des Elterntarifs. Diesen Zusatz habe ich bekämpft, handelt es sich doch um eine relativ kostspielige Massnahme ohne jeden Effekt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Umso mehr habe ich mich darüber gefreut, dass der Nationalrat an der ursprünglichen Vorlage festgehalten und der Ständerat in der Folge eingelenkt hat. Schliesslich wurde diese wichtige Vorlage in beiden Räten grossmehrheitlich angenommen.

Pa.lv. 17.400 (WAK-S) – Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung

Schon seit Jahren plädiert die FDP für eine Abschaffung beziehungsweise Senkung des Eigenmietwerts. Dadurch werden sowohl administrative Aufwände für Verwaltung sowie Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer als auch Verschuldungsanreize reduziert. Daher freut es mich besonders, dass der Ständerat sich für dieses Anliegen ausgesprochen hat. Obschon der Bundesrat einen vollständigen Systemwechsel wünscht, hielt die kleine Kammer an der Forderung



der WAK-S fest, dass dieser nur für den Hauptwohnsitz gelten soll. Selbstbewohnte Zweitliegenschaften und die Einnahmen aus vermieteten oder verpachteten Liegenschaften sollen wie bisher versteuert werden. Uneinig war sich die Kammer jedoch, ob Schuldzinsen weiterhin abgezogen werden dürfen. Die FDP-Delegation war der Meinung, dass dieser Abzug unter bestimmten Bedingungen weiterhin erlaubt sein sollte. Obschon sie nur in der Minderheit vertreten war, konnte sie sich erfreulicherweise im Ständerat durchsetzen. Nach erfolgreichem Einsatz der FDP im Ständerat wird sich nun der Nationalrat mit diesem Geschäft auseinandersetzen.

GdBr. 19.050 – Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat haben einer Anhebung des Frauenrentenalters zugestimmt. Für eine mehrheitsfähige Vorlage zwingend ist dabei, dass diese Rentenalterserhöhung mit angemessenen Ausgleichsmassnahmen begleitet wird. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass die mit der Erhöhung verbundenen Zusatzeinnahmen nicht gleich wieder durch die Kompensationsmassnahmen neutralisiert werden. Unter diesem Gesichtspunkt überzeugt mich der Entscheid des Ständerats nicht, welcher einen Rentenzuschlag für neun Jahrgänge vorsieht, zumal dies falsche Anreize für eine vorzeitige Pensionierung setzt. Der Nationalrat hat sich demgegenüber bisher für Ausgleichsmassnahmen für sechs Jahrgänge ausgesprochen. Persönlich favorisiere ich ein Modell, mit welchem Frauen mit tiefen Einkommen höhere Zuschläge erhalten als Frauen mit höheren Einkommen. So sollen die Kompensationen zielgerichteter denjenigen zukommen, welche sie auch wirklich benötigen. Hinsichtlich des Mehrwertsteuersatzes hat der Ständerat eingelenkt und unterstützt nun die Regelung des Nationalrats mit einer Erhöhung von 0.4 Prozentpunkten. Sodann ist es meiner Auffassung nach erfreulich, dass der Ständerat der Idee, die Gewinne aus Negativzinsen der Nationalbank für die Stabilisierung der AHV zu verwenden, eine Absage erteilt hat. Die FDP lehnt diesen Eingriff in die Geldpolitik der SNB klar ab. Aufgrund bestehender Differenzen kommt das Geschäft nun zurück in den Nationalrat.

GdBr. 21.050 – Anpassung der Bundesbeschlüsse über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

In den letzten Monaten, seit dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen, hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union deutlich verändert. Um der Europäischen Union zu zeigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für Europa und seine Mitgliedstaaten bleiben wird, ist es enorm wichtig, dass das Parlament den Kohäsionsbeitrag in Höhe von 1.3 Milliarden Franken – für Projekte zur Kohäsion in neuen EU-Staaten und Projekte zur Migration in betroffenen EU-Länder - freigibt. Angeleitet durch eine geschlossene FDP-Deputation wurde diese Vorlage sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat angenommen. Dabei stellten wir uns entschieden gegen die Verknüpfung des Kohäsionsbeitrages mit der Finanzierungsbotschaft zu Erasmus plus. Auch dank zeitgleich eingereichter Motion von Nationalratskollegin Christa Markwalder ([Mo. 21.3975](#) – «*Finanzierungsbotschaft für die Schweizer Teilnahme an Erasmus plus*»), welche eine separate Finanzierungsbotschaft zu Erasmus plus fordert, hatte die Verknüpfung im Nationalrat keine Mehrheit gefunden.

GdBr. 20.090 – Organspende fördern – Leben retten. Volksinitiative. Transplantationsgesetz. Änderung.

Erfreulicherweise haben sich die zwei Kammern auf einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative geeinigt. Der Grundsatz der mutmasslichen Zustimmung soll das derzeitige System der ausdrücklichen Zustimmung ersetzen. Ich bin der Meinung, dass dies ein wirksames Instrument ist, um die Zahl der Organspenderinnen und Organspender zu erhöhen. Auch den ethischen Bedenken wird meiner Meinung nach Rechnung getragen, denn die Angehörigen der Verstorbenen können weiterhin eine Organspende ablehnen. Es ist zu erwarten, dass die Volksinitiative zurückgezogen und es folglich zu keiner Volksabstimmung kommen wird.



Pa. Iv. 21.477 (UREK-N) – Verlängerung des Reduktionsziels im geltenden CO2-Gesetz

Aufgrund der Ablehnung des CO2-Gesetzes in der Volksabstimmung vom 13.6.2021 laufen die CO2-Reduktionsziele Ende 2021 aus. Damit entfallen aber auch wichtige und über weite Teile unbestrittene Massnahmen wie die Abgabenbefreiung für Unternehmen mit Zielvereinbarungen und die Kompensationspflicht der Treibstoffimporteure. Daher hat die UREK-N, mit starkem Engagement der FDP-Delegation, eine parlamentarische Initiative auf den Wege gebracht, um eine Übergangslösung bis 2024 zu schaffen. Der zeitlichen Dringlichkeit angemessen, haben wir die Vorlage in Rekordtempo ausgearbeitet, beraten und trotz einem zeitweisen «Wiederaufflammen» der Kontroversen im Abstimmungskampf ums CO2-Gesetz schlussendlich mit einer stabilen Mehrheit durch den Nationalrat gebracht. Damit hat die Schweiz weiterhin ein gesetzliches Verminderungsziel für Treibhausgasemissionen und gleichzeitig schaffen wir für die Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Aufgrund der Dringlichkeit wird diese Vorlage bereits in der Wintersession vom Ständerat beraten und anschliessend von beiden Räten bereinigt.

Pa.Iv. 19.443 (Girod) – Erneuerbare Energien einheitlich fördern. Einmalvergütung auch für Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie.

Diese parlamentarische Initiative, die eine Übergangslösung für die Förderung von erneuerbaren Energien (Windenergie-, Biogas-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen) ab 2023 vorsieht, wurde in der Schlussabstimmung von beiden Räten deutlich angenommen. Mit dieser befristeten Lösung bis Ende 2030 wird verhindert, dass eine Lücke bei den Förderinstrumenten entsteht, denn die Revision des Energie- und Stromversorgungsgesetzes beansprucht mehr Zeit als zuvor angenommen. Erfreulich ist, dass mit Auktionen für Unterstützungsbeiträge ein marktwirtschaftliches Instrument bei der Fotovoltaik eingeführt wird. Ärgerlich ist demgegenüber, dass die jetzige Wasserzins-Regelung bis 2030 verlängert wurde und damit der Wechsel zu einer marktwirtschaftlichen Lösung weiter verzögert wird. Gerne verweise ich auf [mein Votum](#) als Kommissionssprecherin.

GdBr. 21.021 – Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Volksinitiative.

Mit der vorliegenden Volksinitiative soll Kriegsmaterial nur noch in demokratische Staaten exportiert und Waffen nur noch an Staaten verkauft werden dürfen, in denen Menschenrechte nicht systematisch oder schwerwiegend verletzt werden. Diese Beschränkungen der nationalen Rüstungsindustrie gehen für die FDP zu weit, weshalb die Initiative bekämpft wurde. Ihr wurde ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dabei wurden nun durch den Ständerat die sicherheitspolitischen Kompetenzen des Bundesrates unnötig eingeschränkt. Unserer Meinung nach soll der Bundesrat Exporte in Eigenregie unter bestimmten Bedingungen weiterhin bewilligen können. Sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat wurde in der Schlussabstimmung die Volksinitiative abgelehnt und der indirekte Gegenvorschlag angenommen.

GdBr. 21.049 – Gentechnikgesetzes. Änderung.

Der Nationalrat hat einer Verlängerung des Gentechnomatoriums für weitere vier Jahre zugestimmt. Folglich bleibt es weiterhin verboten, gentechnisch veränderte Organismen anzubauen. Erfolglos kämpfte die FDP als einzige Partei gegen diese Verlängerung und dieses Innovationsverbot. Als nächstes wird sich nun der Ständerat mit der Verlängerung des Gentechnomatoriums befassen.

GdBr. 20.030 – Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Künftig müssen unter anderem Streaming-Anbieter, wie beispielsweise Netflix, vier Prozent ihres Schweizer Umsatzes in Schweizer Filmproduktionen investieren. Zusammen mit einer Minderheit der FDP-Deputation sprach ich mich dafür aus, diesen Passus zu streichen. Dies war erfolglos. Aus diesem Grund habe ich die Vorlage in der Schlussabstimmung abgelehnt. Eine Mehrheit sprach sich für die Vorlage aus.



GdBr. 21.026 – Innovationsförderung. Änderung.

Mit dieser Gesetzesänderung erhält Innosuisse, die schweizerische Agentur für Innovationsförderung, mehr Spielraum bei der finanziellen Unterstützung von Unternehmen. In welcher Bandbreite genau, ist aktuell noch offen. Heute beteiligen sich die Unternehmen, indem sie die Hälfte der Kosten tragen. Der Nationalrat beantragt, dass künftig zwischen 30 und 50 Prozent der Kosten übernommen werden sollen. Demgegenüber fordert der Ständerat eine Bandbreite von 40 bis 60 Prozent. Da sich die beiden Kammern hinsichtlich der Bandbreite noch nicht einigen konnten, geht das Geschäft als nächstes zurück in den Ständerat.

Pa. Iv. 21.482 (SPK-S) – Covid-Zertifikatspflicht im Parlamentsgebäude

Seit letztem Samstag, 2. Oktober 2021, gilt eine Covid-Zertifikatspflicht im Parlamentsgebäude. Parlamentsmitglieder, welche kein Zertifikat vorweisen können, dürfen das Parlamentsgebäude allerdings weiterhin mit einer Maske betreten. Diese Ausnahmeregelung wurde eingefügt, weil Parlamentsmitglieder gesetzlich verpflichtet sind, an Sitzungen teilzunehmen. Ein Ausschluss vom Parlamentsgebäude und folglich vom Ratsbetrieb ist daher nicht möglich. Ich bin erfreut, dass diese Zertifikatspflicht nun auch im Parlamentsgebäude endlich eingeführt wurde. Wir leisten damit nicht nur einen Beitrag zur Pandemiebekämpfung, sondern wir nehmen auch unsere Vorbildfunktion wahr.

GdBr. 20.088 – DNA-Profil-Gesetz. Änderung

Der Ständerat hat als Zweitrat der Phänotypisierung als Ermittlungsmethode zugestimmt. Damit wird die Bestimmung der Haar- und Augenfarbe oder das Alter aus der DNA erlaubt. Da diese Methoden einen weitreichenden Eingriff in die Grundrechte darstellen, hat der Ständerat einen Deliktskatalog definiert, bei denen diese Methoden zur Anwendung kommen dürfen. Das Geschäft geht nun wieder zurück an den Nationalrat.

Mein Highlight dieser Session

Mein persönliches Highlight im Rahmen des Sessionsablaufs war die Annahme meiner [Motion 20.4452](#) «24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention» durch den Ständerat.

Mein Highlight ausserhalb des offiziellen Sessionsprogramms: Ich freue mich sehr, dass sich die Schweizer Stimmbevölkerung am 26. September 2021 so klar für die Ehe für alle ausgesprochen hat. Damit werden nicht nur allen Menschen selbstverständliche Rechte gewährt. Der Entscheid des Souveräns stärkt auch die Institution der Ehe - denn damit wird eine rechtlich verbindliche Absicherung allen Menschen, die sich lieben, ermöglicht.

Der Tiefpunkt dieser Session

Dieses Mal ausserhalb des Alltagsgeschäfts der Session: Die zunehmende Gewaltbereitschaft der Teilnehmenden von Corona-Demonstrationen macht mich betroffen. Das Demonstrationsrecht ist ein wichtiger Pfeiler unserer Schweizer Demokratie. Gewalt darf jedoch keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Ich wünsche mir daher generell eine respektvollere und gemässigtere Demonstrationenkultur – unabhängig vom Anliegen, das vertreten wird.



SVS

Besten Dank für Ihr Interesse.

Herzliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Vincenz'.

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG